



## Kreistagsfraktion Tübingen

### Rede von Bündnis 90/Die Grünen zur Verabschiedung des Haushalts am 11.12.2019

#### Fraktionsvorsitzende

Dr. Ulrike Baumgärtner  
baumgaertner.tuebingen@gmail.com

Dr. Annika Franz  
annika.franz@gruene-tuebingen.de

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Tübingen, den 18.12.2019

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Die Zeiten ändern sich...

Erstmals stehen zwei Fraktionsvorsitzende vor Ihnen, um gemeinsam eine Haushaltsrede zu halten.

Zudem verabschieden wir heute den Haushalt in einer neuen Zusammensetzung: Im Gremium sind seit der Kommunalwahl neue mehrheitsfähige Bündnisse möglich und zwei neue Gruppierungen sind in den Kreistag eingezogen. In vielen Fraktionen sitzen zahlreiche neue Kreisrätinnen und Kreisräte, so zum Beispiel bei der SPD mit knapp 90 % Neulingen oder bei uns mit 12 neuen Mitgliedern von 18. Schon innerhalb der Fraktionen musste also vor den Beratungen viel Informationsaustausch stattfinden und um Positionen gerungen werden. Das hat die interfraktionellen Gespräche und Verhandlungen verzögert und erschwert. Neue Gewohnheiten und Rollenverständnisse für die Haushaltsberatungen müssen sich erst noch einspielen. Und es gilt, neue Kompromisslinien zu finden.

Bei der Kommunalwahl sind wir für ökologischen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit im Kreis angetreten und wurden zur stärksten Fraktion gewählt. Nun wollen wir den politischen Ankündigungen Taten folgen lassen. Wir haben ein Antragspaket mit den Schwerpunkten auf konsequentem Klimaschutz und der Entlastung für Familien geschnürt. Insgesamt beantragen wir Projekte, Förderungen und Personal in Höhe von ungefähr 1 Mio. Euro.

Angesichts der Nachrichten über schwierige Finanzlagen könnte man sagen, das ist übertrieben. Wir sind aber nicht weltfremd, sondern greifen wirklichkeitsnah Anliegen aus der Bevölkerung auf. Viele Stimmen aus der Zivilgesellschaft der Städte und Gemeinden formulieren die Erwartung, dass politische Gremien wirkungsvolle Maß-

#### Kreistagsfraktion Tübingen Bündnis 90/Die Grünen

Vorsitzende: Dr. Ulrike Baumgärtner, Tübingen | Dr. Annika Franz, Tübingen

stv. Vorsitzende: Christoph Joachim, Tübingen | Dr. Wolfgang Raiser, Rottenburg | Geschäftsführung: Gabriele Dreher-Reeß, Mössingen  
Simon Baur, Rottenburg | Marie-Luise Bausch, Kirchentellinsfurt | Dr. Martin Brunotte, Tübingen | Christin Gumbinger, Tübingen  
Gerd Hickmann, Tübingen | Jürgen Hirning, Gomaringen | Dr. Sabine Kracht, Rottenburg | Asli Küçük, Tübingen | Klaus Lambrecht, Rottenburg  
Elena Peony, Tübingen | Ruth Setzler, Kirchentellinsfurt | Elisabeth Schröder-Kappus, Rottenburg | Nina Zorn, Kusterdingen

nahmen zum Schutz unseres Klimas und unseres sozialen Miteinanders beschließen.

Ich werde nun auf unsere zentralen Anträge im Bereich Klimaschutz eingehen. Die sozialen Anträge sowie unsere Position zur Finanzierung wird Annika Franz dann darstellen.

Eine der wesentlichen Einflussmöglichkeiten, konkreten Klimaschutz zu betreiben ist der Ausbau **umweltfreundlicher Mobilität**. Unter der Überschrift „ÖPNV-Offensive 2025 für den Landkreis Tübingen - erste Schritte“ haben wir ein umfangreiches Antragspaket eingebracht.

Im Einzelnen wollen wir:

- Die **Planungen des Bus- und Schienennetzes** im Kreis vorantreiben: Dort wo Anschlüsse ineinandergreifen und enge Taktzahlen umständliche persönliche Planungen der ÖPNV-Nutzung überflüssig machen, dort steigen die Menschen auf öffentliche Verkehrsmittel um und verkleinern die Blechlawine, die jeden Tag durch die Zentren drängt. Und für gute Planungen brauchen wir gute Planerinnen und Planer. Daher beantragen wir eine ÖPNV-Planer-Stelle. Es bleibt offen, ob die größere Herausforderung darin liegt, die Stelle zu besetzen oder die Taktungen zu intensivieren und Anschlüsse anzupassen. Aber klar ist, wir brauchen eine Fortschreibung der Nahverkehrsplanung.

Den Vorschlag der SPD, den Horizont hier über die klassische Nahverkehrsplanung hinaus auf weitgreifende Mobilitätskonzepte auszuweiten, tragen wir gerne mit.

- **Haltestellen** attraktiver machen: Haltestellen sind das Gesicht des ÖPNV. Die meisten von Ihnen werden schon einmal die Erfahrung gemacht haben, bei Regen an einer zugigen und dunklen Haltestelle ohne Dach gestanden zu sein. Derartige Erlebnisse minimieren die Lust auf Bus und Bahn. Die Unannehmlichkeiten der Autonutzung werden meist besser toleriert oder die Insassen der anderen Fahrzeuge sind schuld an der wahrgenommenen Misere, nicht aber das Verkehrsmittel selbst. Von daher ist unser Ansatz, die Haltestellen einheitlich und angenehmer zu machen nicht trivial. Die individuelle Wahrnehmung der Qualität des ÖPNV beginnt an der Haltestelle. Überdachte Fahrradstellplätze sollten Standard sein, um dem angesprochenen Mobilitätsmix Rechnung zu tragen. Ganz zu schweigen von gefühlter Unsicherheit an abgelegenen, schlecht beleuchteten Haltestellen. Vernetzungen mit digitalen Fahrplanauskünften sind selbstverständlich wünschens- und unterstützenswert.
- Und die Menschen sollen von den Angeboten, neuen Tarifen, Sondertickets wissen. Wir haben das Anliegen unter dem Stichwort „**Marketingkampagne**“ als Haushaltsantrag eingebracht. Einige haben die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen. Und zugegeben, Frau Halm, die Ammertalbahn leidet nicht darunter, dass die Leute nicht wissen, dass es sie gibt. Aber in der allgemeinen Un-

zufriedenheit wird in der öffentlichen Wahrnehmung einiges durcheinander geschmissen und nichts / wenig ist schöner, als über die Deutsche Bahn oder den Naldo zu schimpfen. Jedem von uns geht es so. Die zahllosen problemlosen Fahrten prägen sich einfach nicht so gut in unser individuelles und kollektives Gedächtnis ein.

An den Großverbindungen im Land und Bund sind andere dran. Da brauchen wir uns im Kreistag nicht die Köpfe heiß zu reden. Und dass es durch Stuttgart 21 – insbesondere in der Bauphase – zu erheblichen Behinderungen kommen wird, war klar. Wir haben das im Gegensatz zu anderen nie bestritten. Es wirkt mittlerweile aber schon seltsam, wenn nun die große Kritik an der Zuverlässigkeit der Bahn ausgerechnet von denen kommt, die frühere Kritik abgeschmettert haben.

Zurück in unseren Kreis. Unsere Anträge, für die sich im Vorfeld demokratische Mehrheiten abgezeichnet haben – wobei es natürlich höchst kritisch ist, Ergebnisse von Verhandlungen bereits vor den eigentlichen Verhandlungen an die Presse zu spielen, auch wenn die dpa anruft... Unsere Anträge, die Angebote von Bahn und vor allem Bus auszubauen, die Haltestellenstrukturen zu verbessern oder die Tarifstrukturen sozial gerechter zu gestalten, werden Wirkung zeigen. Stück für Stück werden wir hier gemeinsam einen flächendeckenden ÖPNV-Modellkreis gestalten. Zusätzliche Fahrgäste in Bus und Bahn bedeuten weniger Autofahrer\*innen auf den Straßen. Damit verwirklichen wir konkreten Klimaschutz und bringen dem Kreis zusätzliche Einnahmen.

Im Rahmen der Kompromissfindung beantragen wir nun drei ÖPNV-Elemente: (1) **Sachmittel** und externe Unterstützung für die Maßnahmen: Vorbereitung Fortschreibung Nahverkehrsplan, Ausbaukonzeption, Haltestelleninfrastruktur, Ausbau digitaler Fahrgastinformation, Mobilitätskonzept und Kommunikation (die Zusammenlegung unserer früheren Anträge 23 und 24) Beantragter Betrag: 100.000 Euro. (2) Eine **Personalstelle** (EG 11) zur Planung ÖPNV, Haltestelleninfrastruktur, Kommunikation Mobilitätskonzepte. (3) **Marketingkampagne**. Unseren Antrag 29 halten wir aufrecht. Wir versehen ihn allerdings mit einem Sperrvermerk. Die geeignete Freigabe erfolgt dann im Einzelfall und im Kreistag.

Neben dem großen Bereich Öffentlicher Personennahverkehr sind die Energienetze und die Gebäudesanierungen zwei weitere große Stellhebel für gelebten Klimaschutz. Daher haben wir auch hierzu Anträge gestellt:

- In Sachen **Wärmenetze mit erneuerbaren Energieträgern** wollen wir die Beratung für Kommunen intensivieren. Ganz viele Städte und Gemeinden machen ja schon einiges in dem Bereich. Aber wir sehen es als Kreisaufgabe an, Wissen zu bündeln und eine einheitliche und unabhängige Beratung zur Verfügung zu stellen. Das Rad muss nicht immer neu erfunden werden. Von guten Beispielen können andere lernen. Hierfür brauchen wir Personal und Projektmittel. Den Vorschlag der Verwaltung, eine Verstetigung der Stelle bei der Klimaschutzagentur

über diesen zukunftsweisenden Wirtschaftsbereich des Wärmenetzausbaus zu erreichen, übernehmen wir gerne.

- Um Wissensbündelung, die Verständlichmachung von Verfahren sowie die Transparenz über Kosten und Fördermittel geht es auch in unserem Antrag für **Energieleitlinien der Gebäude** im Landkreis. Je einfacher Sanierungsprozesse und Neubauprojekte energetisch vorbildlich gestaltet werden können, je weniger ich in die Beschaffung von Informationen stecken muss, je niedriger also die Transaktionskosten, desto schneller die Entscheidung für eine energetische Gebäudesanierung und klimafreundliche Neubauten.

In dieser Energieleitlinie sollen Qualitätsstandards definiert werden, mit denen bis spätestens 2050 der klimaneutrale Gebäudebestand erreicht werden kann. Zur Unterstützung der Verfahrensabläufe sollen Arbeitshilfen erstellt werden.

Ziel der zu erarbeitenden Leitlinie soll sein, bei vorgegebenen Qualitäten die jährlichen Gesamtkosten (Summe aus Kapitalkosten, Betriebskosten und Folgekosten) über den gesamten Lebenszyklus (Planung, Bau, Betrieb, Sanierung, Abriss und Entsorgung) zu minimieren. Sie trägt damit dazu bei, dass wir so wirtschaftlich wie möglich die notwendigen Entscheidungen zum Klimaschutz im Gebäudereich treffen können.

Wir wollen nicht nur prinzipiell in Gebäudesanierungen ein riesiges Einsparpotenzial an CO<sub>2</sub>-Verbrauch sehen. Wir wollen die konkreten Schritte zum klimaneutralen Gebäudebestand vorlegen und abarbeiten. Die Leitlinie könnte bei Interesse natürlich jederzeit von Kreisgemeinden und –städten übernommen werden.

- Ulrike Baumgärtner hat gerade unsere Pläne vorgestellt, mehr Nutzer\*innen für den ÖPNV zu gewinnen. Nun kommen wir zu einer Gruppe, die wir gar nicht von der Nutzung des ÖPNV überzeugen müssen. Die **Schülerinnen und Schüler** sind häufig auf Bus- und Bahnfahrten angewiesen, daher scheint es keine Notwendigkeit zu geben, für sie **günstige Tickets** anzubieten.

Als Bedienstete des Landes kann ich in Tübingen mit einer Monatskarte für 12 Euro zur Arbeit fahren. Wenn ich 16 Euro bezahle, ist die Karte übertragbar und ich könnte sie sogar meinem Kind für die Fahrt in die Schule überlassen, während ich selbst das Fahrrad nehme – was natürlich so nicht vorgesehen ist. Nicht jeder hat die Möglichkeit, auf solchen Umwegen an ein günstiges Schülerticket zu kommen. Wir wollen nicht akzeptieren, dass Pendler\*innen mit dem Jobticket günstiger mit dem ÖPNV unterwegs sind als Kinder auf dem Weg zur Schule. Derzeit zahlen Schüler\*innen für die Monatskarte 39,30 Euro. Wir finden, 25,50 Euro sind genug, das ist so viel, wie Studierende für ihr Semesterticket bezahlen. Deshalb beantragen wir einen „Sonderzuschuss“ an die Eltern, um den Eigenanteil zu verringern.

Mit dem Verweis auf das laufende Gerichtsverfahren wollen die Verwaltung und einige Fraktionen lieber keine Absenkung der Eigenanteile beschließen, obwohl wir uns ja inhaltlich einig sind. An exakt diesem Punkt standen wir vor einem Jahr

auch schon, als wir eine gemeinsame Resolution zu diesem Thema verabschiedet haben.

Wir finden aber, politische Entscheidungen sollen auch in politischen Gremien getroffen werden. Und wenn sich alle politischen Fraktionen einig sind, dass der Eigenanteil zu hoch ist, dann wäre es doch folgerichtig, ein politisches Signal zu senden. Wir halten die Idee eines Sperrvermerks aufrecht, um deutlich zu machen, dass wir zunächst das Gerichtsurteil abwarten.

Übrigens gehen wir davon aus, dass die Entscheidung des Gerichts auf rechtlichen Abwägungen basiert. Daher glauben wir nicht, dass ein Beschluss zur politischen Positionierung Auswirkungen auf die Rechtsabwägung des Gerichts hat.

- Einen weiteren Personenkreis wollen wir ebenfalls gemeinsam mit anderen Fraktionen im Bereich der Mobilitätskosten entlasten. Wir sind der Meinung, dass Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien zur umfassenden Teilhabe nicht in ihrer Mobilität eingeschränkt sein sollen – beispielsweise durch die Mindestentfernungsregelung der Satzung zur Schülerbeförderungskostenerstattung. Die Satzung der Stadt Mannheim diene unserem interfraktionellen Antrag als Vorbild. Dort ist die Gruppe der **BuT-berechtigten Kinder** aus der Satzung ausgenommen. Einschränkende Bestimmungen gelten daher nicht, so dass die Kinder auch in der Freizeit den ÖPNV nutzen können, selbst wenn sie weniger als drei Kilometer von der Schule entfernt wohnen. Dieses Modell würden wir gerne für unseren Landkreis übernehmen, die Verwaltung hat jedoch rechtliche Bedenken. Eigentlich sollte man annehmen, dass die Mannheimer Satzung ordentlich geprüft wurde. Wir sind gespannt, was die heutigen Beratungen ergeben. Im Sinne der betroffenen Kinder wünschen wir uns, dass eine gute Lösung gefunden wird.
- Mit einem kleineren, aber dennoch wichtigen Antrag wollen wir die Förderung für die **Schulsozialarbeit** an Gymnasien etwas anheben. Einen Schlüssel von 1:800 halten wir für richtig, um den zahlreichen Anforderungen an heutige Schulsozialarbeit wie Einzelfallhilfe, Präventionsangebote, sozialpädagogische Gruppenarbeit oder gar Krisenintervention gewachsen zu sein.
- Weitere Anträge im Sozialbereich wie die Schaffung von zwei Inklusionsstellen im Landratsamt (Antrag der CDU-Fraktion) oder Zuschüsse an InTRo oder Retour unterstützen wir ausdrücklich.

Das sind also die Projekte, für die wir 2020 ca. eine Million zusätzlich ausgeben wollen. Verständlich, dass Sie vermutlich wissen wollen, wie wir diese Ausgaben finanzieren möchten.

Zunächst möchte ich nochmals auf die Diskussion über die Neuverschuldung zurückkommen, die wir gemeinsam am Ende der Haushaltsklausur geführt haben.

Was uns in der Folge der Diskussion unterstellt wurde, dass wir eine ‚grüne Null‘ fordern würden, gar zu Lasten der Investitionen in Kreisschulen, haben wir so nie gesagt, sondern das Gegenteil betont: Selbstverständlich gibt es Investitionsvorhaben, die über eine Schuldenaufnahme finanziert werden können. Dazu gehören umfassende, sinnvolle Umbaumaßnahmen bei den Kreisschulen, wie sie jetzt anstehen oder die Finanzierung eines Großprojekts wie der Regionalstadtbahn.

Wir haben in der Haushaltsklausur hinterfragt, ob eine derart hohe Neuverschuldung unumgänglich ist – schließlich verdoppelt sich unser Schuldenstand damit fast in den nächsten Jahren. Auch wenn die Zinsen günstig bleiben, müssen die Schulden zurückgezahlt werden – womöglich in Zeiten, in denen es uns wirtschaftlich schlechter geht und die Belastungen im Sozialbereich höher sind als heute. Wenn wir die Kommunen heute entlasten möchten, da sie zum Teil schon Schwierigkeiten haben, ihre Haushalte aufzustellen – ein sehr verständliches Anliegen –, verlagern wir die Belastung in die Zukunft. Denn auch die Schuldentilgung wird letztlich über die Kreisumlage zu stemmen sein – nur eben nicht heute, sondern später.

Dass es nicht nur einen möglichen Weg in der Finanzpolitik gibt, zeigt übrigens der Vergleich mit unserem Nachbarlandkreis Reutlingen. Nicht alle Rahmenbedingungen sind vergleichbar, das ist klar. Aber auch Reutlingen muss hohe Ausgaben im Sozial- und Jugendbereich schultern und wird die Regionalstadtbahn bauen. Während im Landkreis Tübingen bis 2023 die Verschuldung um über 30 Millionen zunehmen soll, strebt der Landkreis Reutlingen im selben Zeitraum – im Sinne einer generationengerechten Finanzpolitik – einen Schuldenabbau um 18 Millionen an. Dies zeigt, dass verschiedene Wege in der Finanzpolitik möglich sind.

In diesem Haushalt trägt unsere Fraktion die geplante Schuldenneuaufnahme von 9 Millionen mit. Ob in den kommenden Jahren jedoch tatsächlich die hohe Neuverschuldung der richtige Weg ist, werden wir im Blick behalten.

Kommen wir zurück zur Frage, wie wir unsere **Anträge finanzieren** möchten.

Gegenüber dem Haushaltsplanentwurf haben sich Mehreinnahmen von gut 4 Millionen ergeben. Andererseits gab es bis kurz vor der Haushaltssitzung große Unklarheiten über die Höhe erhoffter Zahlungen von Landesseite in ähnlicher Größenordnung. Heute Morgen haben wir erfahren, dass unser Landrat in Stuttgart zwar gut verhandelt hat, aber dennoch Wenigereinnahmen von knapp 2,5 Millionen zu erwarten sind.

Von anderen Fraktionen gibt es Anträge für die Verwendung dieser oben genannten Mehreinnahmen. Die Planung einer Rücklage zur Deckung künftiger Fehlbeträge, wie sie die Freien Wähler vorschlagen, halten wir für sehr sinnvoll. Aber wir möchten von dem Betrag auch unsere inhaltlichen Projekte finanzieren. Und so gut es klingt, unsere Anträge durch diese „Mehreinnahmen“ finanzieren zu wollen, letztlich ist es natürlich immer eine Finanzierung über die Kreisumlage. Solange Landkreise umlagefinanziert sind, gibt es kaum Alternativen zur Gegenfinanzierung der Anträge.

Weshalb halten wir die **Verwendung der Kreisumlage** für unsere Anträge für **gerechtfertigt**?

Die Projekte, für die wir uns einsetzen, nutzen den Kreisgemeinden und Städten. Schritte hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und eine Angleichung der Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land – so zum Beispiel durch weiteren Ausbau des ÖPNV – halten wir für wichtige Aufgaben des Kreises.

Und es gibt Ausgaben, deren Nutzen wohl auch finanziell die Kosten auf lange Sicht übersteigt. Ein Nutzen-Kosten-Index wie er bei der Planung von Radwegen oder der Regionalstadtbahn berechnet wird, würde bei wichtigen Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, Prävention oder im Bildungsbereich vermutlich immer ein positives Ergebnis erzielen.

All dies sind gute Gründe, unseren heute vorgeschlagenen Projekten zuzustimmen.

Zuletzt möchten wir uns noch bei der Verwaltung bedanken. Gerade für die vielen neuen Kreisrät\*innen ist es immer eine Herausforderung, kurz nach der Wahl in die Haushaltsberatungen einzusteigen, aber auch wir anderen haben noch nicht jedes Detail des NKHR verstanden. Es ist eine große Hilfe, wenn ein ausführlicher Vorbericht zur Verfügung steht, die Fußnoten im Haushaltsplan Erklärungen liefern, eine Einführungsveranstaltung zum NKHR angeboten wird, in den Vorlagen Verweise auf die entsprechende Seite des Haushaltsplans zu finden sind – und wenn das noch nicht reicht, Herr Walz und Herr Michels in die Fraktionssitzung kommen und die letzten offenen Fragen klären. Vielen Dank dafür.

Wir danken auch den Fraktionsvorsitzenden der anderen Fraktionen, dass sie unserer Einladung zu einem Treffen gefolgt sind, bei dem wir alle uns bemüht haben, Kompromisse bei den strittigen Punkten zu finden.

Wir hoffen auf gute, konstruktive Beratungen und danken für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die Fraktion  
Ulrike Baumgärtner  
Annika Franz